

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Aktuellen Stunde: Perspektiven für die Lausitz sichern - Verkauf der Braunkohlesparte von Vattenfall als Chance für die Energieregion und Auftrag an eine verantwortungsvolle Politik (Drucksache 6/3927)

Perspektiven für die Lausitz sichern: Bergbausanierung sicherstellen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert bei dem von Vattenfall beabsichtigten Verkauf der Lausitzer Tagebaufelder sicherzustellen, dass durch den neuen Bergbaubetreiber eine Sicherheitsleistung in ausreichender Höhe insolvenzsicher hinterlegt wird. Hierzu sind die Möglichkeiten des §56 Bundesberggesetz zur Festsetzung einer Sicherheitsleistung umfassend anzuwenden. Folgekosten für die öffentliche Hand sind auszuschließen.

Begründung:

Der Strukturwandel in der Lausitzer Bergbauregion schreitet voran. Wie der Verkauf der Braunkohlesparte durch den bisherigen Bergbaubetreiber Vattenfall erneut deutlich macht, ist die Braunkohleverstromung ein Auslaufmodell. Langfristige positive Arbeitplatzeffekte durch die Förderung und Verstromung der Lausitzer Braunkohle sind für die Region nicht mehr zu erwarten.

Der absehbare Rückgang an Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in der Lausitzer Bergbauregion ist wesentlich auf das weltweite Umsteuern in der Klimapolitik und damit verbunden auch in der Energiepolitik zurückzuführen.

Weder ist die Verstromung der Braunkohle mit Klimaschutzzielen der EU und des Bundes vereinbar, noch sind die relativ unflexiblen Braunkohlekraftwerke geeignet, den schwankenden Stromeinspeisungen Erneuerbarer Energien als Ergänzungssystem zur Seite zu stehen. Bei den momentan niedrigen Energiepreisen sind sie darüber hinaus auch nicht wirtschaftlich. Diese Rahmenbedingungen lassen erwarten, dass die Braunkohleverstromung in der Lausitz viel schneller als bisher prognostiziert ein Ende finden wird.

Erkennbar ist schon jetzt: Arbeitsplätze im Braunkohlebergbau und in den Braunkohlekraftwerken der Lausitz werden in den nächsten Jahren verloren gehen. Eine vorausschauende Politik begleitet diese Entwicklung, indem sie den Strukturwandel in

der Lausitz positiv unterstützt und gemeinsam mit regionalen Partnern in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft die Schaffung neuer Arbeitsplätze in einem attraktiven Branchenmix befördert.

Unbestritten ist, dass die in jahrzehntelanger Nutzung angerichteten Umweltschäden zügig beseitigt werden müssen. Damit steigt zugleich die Chance auf einen sozialverträglichen Strukturwandel. Für die Bürgerinnen und Bürger der Lausitz, die lokale Wirtschaft und den Naturraum Lausitz bedeutet dies, dass nach Abschluss des Braunkohletagebaus in der Lausitz ausreichend Mittel für eine Renaturierung der Tagebaufelder vorhanden sein müssen. Diese Mittel sind alleine vom Bergbaubetreibenden bereitzustellen. Die Landesregierung Brandenburg ist hier in der Pflicht in geeigneter Weise sicherzustellen, dass Mittel in ausreichender Höhe insolvenzsicher verfügbar sind. Durch Auflagen zur Sicherung der Rücklagen ist zu gewährleisten, dass diese auch bei einer eventuellen Zahlungsunfähigkeit des Betreibers zweckgebunden verfügbar bleiben. Der §56 des Bundesberggesetzes ermöglicht es diese Forderung als Auflage bei der Genehmigung des Betriebsplanes zu stellen.

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN